

Februar 2013

#28

# TERMIT<sup>★</sup>

Linke emanzipatorische Flugschrift mit Terminen

Das Super-Wahljahr 2013  
58 Jahre staatlich verordnete Ammenmärchen  
Wahlen ändern (noch immer) nichts!

Wahlen ändern nichts~  
sonst wären sie verboten!

INKL.  
**XL**  
TERMIN  
PLAN

## Gendern leicht gemacht – und richtig noch dazu!

Seit vielen Monaten wird im Termiten eine Anleitung zum richtigen Gendern von Texten abgedruckt. Eigentlich ist die schon länger nicht mehr topaktuell und auch nicht sehr ausführlich. Also haben wir uns mal dahinter geklemmt und eine Neufassung geschrieben. Und hier ist sie!

Gendern mit Binnen-I  
(z.B. die MitstreiterInnen)  
Gendern durch Verdoppelung  
(z.B. die Mitstreiterinnen und Mitstreiter)

Häufig verwendet auch in „linken“ Zusammenhängen, geht aber davon aus, dass es nur zwei Geschlechter (Mann oder Frau) gibt und sich Menschen zwangsläufig in das eine oder andere einordnen müssen

Gendern mit Unterstrich  
(z.B. die Mitstreiter\_innen)  
Gendern mit Sternchen  
(z.B. die Mitstreiter\*nnen)

Geht davon aus, dass Geschlecht nicht angeboren sondern konstruiert ist, schließt auch Menschen in die Formulierung mit ein, die weder das eine noch das andere sind und sein wollen, z.B. Trans-Personen, Intersex-Personen, Leute denen die Einteilung in Geschlechter einfach auf die Nerven geht...

Neutrale Formulierung  
(z.B. die Mitstreitenden)

Passt immer, gibt's aber nicht von allen Wörtern – versucht z.B. mal Kompliz\_innen neutral zu formulieren!

### Kontakt

Blog: <http://termit.kritisches-salzburg.net>

Mail: [termit@kritisches-salzburg.net](mailto:termit@kritisches-salzburg.net)  
www.kritisches-salzburg.net - Termine  
www.kritisches-salzburg.net - Forum - Termit

### Wie kann ich mitmachen?

1. Eigene Termine und Veranstaltungen ankündigen: Termine auf [kritisches-salzburg.net](http://www.kritisches-salzburg.net) eintragen. Redaktionsschluss: 25. des Vormonats.
2. Kommentare, Diskussionsbeiträge und Artikel: Das jeweilige Redaktionsteam entscheidet, was in die Printversion kommt. Online sind alle Beiträge (sofern sie nicht Unterdrückungsmechanismen reproduzieren) einzusehen: [kritisches-salzburg.net](http://www.kritisches-salzburg.net) – Forum – Termit Einreichen: per Mail an: [termit@kritisches-salzburg.net](mailto:termit@kritisches-salzburg.net)

oder online auf [kritisches-salzburg.net](http://www.kritisches-salzburg.net).  
Redaktionsschluss: 20. des Vormonats  
3. Verbreitung: "copyleft" (Der Termit lebt von selbstständiger Verbreitung durch Mund- und Printpropaganda.)

### Leitfaden zum Schreiben für den Termit

Zeichenanzahl:  
maximal 4000 Zeichen inklusive Leerzeichen pro Seite (1 Bild eingerechnet)  
Text:  
Hauptüberschrift  
Unterüberschrift (2-3 Zeilen, Einleitung)  
Zwischenüberschriften (vor allem bei längeren Texten) sollen Text in Abschnitte gliedern  
Rechtschreibprogramm drüberlaufen lassen ist Mindestanforderung

Bilder:

gute Qualität (300 dpi, mindestens 150 dpi)

Gendern: einheitlich, nicht innerhalb des Textes wechseln.

mögliche Varianten:

Binnen I: StudentInnen

Unterstrich: Student\_innen

Verdoppelung: Studentinnen und Studenten

neutral formulieren: Studierende Recherche:

Quellen überprüfen! Wir wollen keine Texte aus sexistischen, homophoben, antisemitischen, rassistischen oder rechten bzw. nicht-emanzipatorischen Zusammenhängen.

**Achtung, Achtung!**

## Noch eine Verbesserung...

Der Termit verwendet ab diesem Monat grundsätzlich Triggerwarnungen vor Texten, die Personen in traumatisierende (Gewalt-) Situationen zurückversetzen könnten. Bitte beachtet diese Warnungen, bevor ihr unsere Texte lest und auch bevor ihr sie anderen Menschen zum Lesen gebt!

Ein Trigger ist ein Auslöser für heftige psychische Reaktionen. Einzelne Bilder, Geräusche, Gerüche etc. können genauso triggernd sein, wie das Hören oder Lesen von einer gewissen Situation, die mensch so ähnlich schon einmal erlebt hat. Personen, die traumatisierende Erfahrungen gemacht haben, können leicht in diese zurückversetzt werden und sie noch einmal durchleben. Das kann für sie und auch für ihre Freund\_innen und Unterstützer\_innen lähmend und furchteinflößend sein. Manchmal können Trigger auch hilfreich sein, um Traumata zu verarbeiten. Wir würden euch allerdings stark davon abraten, euch absichtlich und ohne

gute Vorbereitung triggernden Eindrücken auszusetzen!

Bevor ihr einen Text lest, der Trigger enthalten könnte, denkt daran, aufzuhören, sobald ihr das Gefühl habt, dass euch die Situation entgleitet. Gebt Acht, dass ihr an einem sicheren Ort seid, der euch Geborgenheit und Schutz bietet – und wo ihr z.B. notfalls weinen könnt, ohne auch noch blöd angeschaut zu werden. Bereitet Freund\_innen darauf vor, dass ihr möglicherweise bald Hilfe braucht und welche. Denkt darüber nach, was ihr selbst machen könntet, um den Trigger zu überwinden, wie eine Tasse Tee trinken, die Katze streicheln, ein paar Kniebeugen

machen, eine\_n Freund\_in anrufen, Musik hören... Was immer euch hilft, euch zu beruhigen.

Und mehr als alles andere: Lest einen Text, der problematisch sein könnte, nicht sofort oder einfach gar nicht. Wenn er wichtig ist, lasst euch die Aussage ohne die Details von einer anderen Person zusammenfassen. Und kein Text kann wichtiger sein, als dass es euch gut geht!

Passt gut auf euch und aufeinander auf!

P.S. Für mehr Infos oder Literaturtipps zum Thema, schreibt uns eine mail auf [termit@kritisches-salzburg.net](mailto:termit@kritisches-salzburg.net), wir kümmern uns drum.

**Achtung, Achtung!**

## Vorwort und Update zum Flyer “Vatikan – Hände weg von unserer Vulva”

Am 25. Juli 2012 wurden im Zuge der Proteste gegen den 1000-Kreuz-Marsch fundamentalistischer AbtreibungsgegnerInnen in Salzburg zwei Feministinnen festgenommen. Die Vorwürfe waren “tätlicher Angriff”, bzw. “tätlicher Angriff, versuchter Widerstand gegen die Staatsgewalt und Sachbeschädigung”. Am 10. Dezember begann am Bezirksgericht Salzburg der Prozess gegen eine Frau wegen “tätlichen Angriffs”. Die Verhandlung wur-

de vertagt auf den 11. Februar. Am 18. Dezember begann der Prozess gegen die zweite Frau am Landesgericht, der auch vertagt wurde – sogar zweimal. Am dritten Verhandlungstag wurde die “Beschuldigte” von den Vorwürfen des “versuchten Widerstandes” und der “Sachbeschädigung” freigesprochen, und wegen des “tätlichen Angriffes” in Diversion zu einem Bußgeld verurteilt. Dass hier feministischer Widerstand gegen den Zugriff auf unsere Körper

durch Staat und KlerikalfaschistInnen kriminalisiert werden soll, liegt auf der Hand. Einer der Prozesse ist noch nicht vorbei – solidarische Unterstützung und Aktionen von Frauen sind erwünscht. Außerdem brauchen wir Geld für Repressionskosten – jetzt, und damit wir uns auch in Zukunft noch weit genug aus dem Fenster lehnen können. Wir lassen uns nicht einschüchtern. Klerikalfaschos, Vergewaltiger, Bullen, Täterschützer – wir kriegen euch!

# Gegen den rassistischen Normalzustand!

## Update zum Flüchtlingsprotest in Wien.

Der Flüchtlingsprotest dauert nun bereits zwei Monate. Am 24. November 2012 waren mehrere hundert Asylsuchende und Unterstützer\_innen vom 'Erstaufnahmezentrum' Traiskirchen nach Wien marschiert und hatten dort das Protestcamp im Sigmund-Freud-Park errichtet, das am 28. Dezember gewaltsam von der Polizei geräumt worden war.

Die Hauptforderungen sind Zugang zum Arbeitsmarkt, Bewegungsfreiheit während des Verfahrens, Grundversorgung für alle Asylwerber\_innen und Stopp aller Abschiebungen. Am 12.

Jänner drangen Polizist\_innen in einen von Studierenden genutzten Raum der Uni Wien ein. Unter den Anwesenden befanden sich Teilnehmer\_innen des Flüchtlingsprotests. Im Zuge der Kontrolle wurden sieben Personen mit prekärem Aufenthaltsstatus festgenommen, drei davon wurden noch am selben Abend entlassen, vier befinden sich weiterhin im Polizeianhaltezentrum Hernalser Gürtel. Am 22. Jänner wurde der Hungerstreik in der Votivkirche, für die Dauer von 10 Tagen unterbrochen. Sollte kein Verhandlungsangebot kommen, wird er am 1. Februar fortgesetzt.

**Solidarität mit den  
Protestierenden!  
Für eine freies,  
menschwürdiges Leben  
gegen rassistische  
Staatspolitik!**

Rückfragehinweis:

Refugee Camp Pressetelefon für Rückfragen:  
+43 (0)69917013536

<http://refugeecampvienna.noblogs.org/post/2013/01/04/man-konnte-auch-ja-sagen-losungsvorschlaege-aus-der-votivkirche/>

# Nein, wir lieben dieses Land und seine Leute nicht!

## Aufruf zur antinationalen Demonstration gegen den Wiener Akademikerball

„WKR-Ball? FPÖ-Ball? Akademikerball?“ Mit dieser Überschrift beginnt der offene Brief von Herwig Götschober, in der er die Anmeldung des Wiener Akademikerballs durch die FPÖ gegenüber internen Kritiker\_innen aus den eigenen Reihen verteidigt. Götschober ist freiheitlicher Bezirksrat in Wien-Leopoldstadt und Burschenschafter der Bruna Sudetia. Und tatsächlich stiftet der Namenswechsel des Korporiertenballs zum Ende des Wintersemesters Verwirrung. Denn nach jahrelangen Protesten gegen das rechtsextreme Treiben in der Hofburg schien es, als würde der antifaschistische Aktionismus 2012 Früchte tragen. Nachdem der Ball am Jahrestag der Auschwitzbefreiung stattfand, kündigte die Betreiber\_innengesellschaft der Hofburg an, aufgrund der „politischen und medialen Dimension, welche die Abhaltung des WKR-Balles

in den letzten Jahren angenommen hat [...] für den Korporationsball nach der Ballsaison 2012 nicht mehr als Veranstaltungsstätte zur Verfügung zu stehen.“ Doch die Freude über die erfolgreiche Intervention währte nur kurz. Anfang März verkündete die FPÖ, den Wiener Akademikerball anstelle des WKR-Balls ausrichten zu wollen.

Dass es sich beim Akademikerball um das gleiche Event mit neuem Namen handelt, verbergen die Veranstalter keineswegs. Die Adresse wkr-ball.at führt automatisch zum Wiener Akademikerball und der WKR-Ballausschuss lädt zum neuen Event mit den Worten: „Der Wiener Akademikerball ist ein Ball von Korporierten für Korporierte.“ Und das, obwohl es doch offiziell eine FPÖ-Veranstaltung ist... Als hätte es in der Vergangenheit nicht schon genug stichhaltige Beweise für die enge

Verstrickung von deutschnationalen Verbindungen und freiheitlicher Partei gegeben, liefert die FPÖ nun einen weiteren Beleg. Auf die eingangs zitierte Frage ließe sich somit antworten: WKR-Ball = FPÖ-Ball = Akademikerball.

### **Männlichkeit, Elitedenken und Vergangenheitspolitik in (Zeiten) der Krise**

Auf den ersten Blick wirkt dieser ganze Kapperlverein ja reichlich irrelevant: ein Verein von Männern, die um die Wette saufen, sich gegenseitig das Gesicht aufschlitzen und im Vollrausch über Großdeutschland, ihre Großväter und Ehre, Freiheit, Vaterland sinieren. Absolut überholt und unspannend sollte mensch meinen. Doch so unattraktiv diese ganze Männerbündelei auch wir-

ken mag, es gibt nach wie vor Schüler und Maturanten, die sich auf genau das einlassen. Und zwar weil sie sich – vor allem in Zeiten der Krise – etwas davon versprechen.

In einer nach wie vor patriarchal geprägten Gesellschaft wird auf heranwachsende Burschen Druck ausgeübt, dass sie gewissen Männlichkeitsbildern entsprechen. Eigenschaften wie Stärke, (Helden-)Mut, Selbstbeherrschung, Zielstrebigkeit und Hartnäckigkeit werden bis heute von jungen Männern erwartet. Natürlich haben sich in den letzten Jahrzehnten einige dieser Merkmale transformiert. In einer Vielzahl an Familien und Freundeskreisen werden diese Werte aber ungebrochen hochgehalten. Ein positiver Bezug auf und eine Identifikation mit diesen Eigenschaften ist die Folge. Eine übersteigerte Männlichkeit wird von vielen Burschen nicht als unangemessen, sondern im Gegenteil als erstrebenswert angesehen. Sie drängen daher danach, dieses männlich-heteronormative Verhalten möglichst umfassend zu verinnerlichen und auszuleben. Frauen\* und „unmännliche“ Männer haben in diesem Denken keinen Platz. Sie „verkörpern“ (im wahrsten Sinne des Wortes) das genaue Gegenteil von dem, was die männlichkeitsaffinen Burschen anzieht. Der weibliche Körper gilt ihnen als defizitär und schwach, weswegen Frauen\* auch nicht als wehrfähig erachtet werden. Ebenso werden Frauen\* charakterlich als Gegenstück zum Mann gesehen. Gilt es als männlich mutig, beherrscht, ausdauernd und rational zu sein, werden Frauen\* als vorsichtig, gefühlgeleitet, wankelmütig und irrational beschrieben. Die führt dazu, dass alles, was auf diese Burschen „weiblich“ wirkt, wertlos und zweitklassig erscheint. Eine Ab- und Entwertung von Frauen\* und allem „Nichtmännlichen“ ist die Folge. Burschenschaften machen an diesem Punkt ein Angebot für Jungen auf dem Weg

zur Mannwerdung: Sie bieten Männlichkeit im Übermaß an. Besonders für Burschen auf der Suche nach Identität, mit einem noch wenig ausgeprägtem Selbstbild ist dies verlockend. Hier wird Kameradschaft und (Männer-)Freundschaft fürs Leben versprochen und eigene Schwächen und Unsicherheiten können durch abwertendes Verhalten gegenüber Frauen\*, den ehrenhaften Zweikampf (Mann gegen Mann) und übersteigerte Präpotenz kaschiert und überkompensiert werden. Die Mensur stellt in diesem Sinne die vollendete „Mannwerdung“ eines Burschen dar. Weiters werben Studentenverbindungen damit Eliteschmieden zu sein. Und wer möchte in Zeiten von Wirtschaftskrise, Sozialabbau und verstärkter Konkurrenz am Arbeitsmarkt nicht zu einer privilegierten Elite gehören? Die allgemeine Verunsicherung um den eigenen Lebensunterhalt und die Angst vor dem sozialen Abstieg trifft junge Generationen heute mehr denn je. Auch hier machen Korporationen ein Angebot: Die Alten Herren der Verbindungen sitzen prominent in Politik, Wirtschaft und Justiz und üben gehörigen Einfluss auf die Gestaltung der österreichischen Gesellschaft aus. Seilschaften und Beziehungen sind bekanntermaßen feste



## **NEIN** zu Burschenschafterbällen in der Hofburg

Bestandteile des korporierten Lebens. Ein Job nach der Uni scheint da so gut wie sicher. Außerdem wird einem das Gefühl vermittelt „was zu sein“, und zwar etwas besseres. Das wirkt in Zeiten der kollektiven Entwertung beruhigend auf die verunsicherte Seele und entlastet zudem das Gewissen von sozialer Verantwortung und Mitgefühl. Man(n) hält sich für Elite und pflegt den Sozialchauvinismus. Denn Elite kann es nur dort geben, wo es auch „den Pöbel“ gibt. Und je mehr sich eine Gruppe als gesellschaftliche Avantgarde sieht, umso chauvinistischer muss sie das gegenüber denjenigen beweisen, die in ihren Augen nicht dazu gehören. Dass die elitäre Burschengesellschaft nichts mit niederen sozialen Schichten zu tun haben will, wird im eingangs erwähnten Brief von Götschober deutlich, wenn er verspricht, der Wiener Akademikerball werde – im Gegensatz zu gängigen FPÖ-Events – keine Veranstaltung „wo der Gemeindebauprolet auftanzen wird“.

Auch für den ungewissen und ängst-

lichen Blick in die Zukunft haben die Korporationen eine Lösung parat: die Vergangenheit – vorzugsweise die zwischen 1938 und '45. Natürlich dürfen sie das heutzutage nicht mehr so offen sagen, wie sie es gerne täten. Deswegen heißt Großdeutschland nun „der deutsche Sprach- und Kulturraum“, der Ariernachweis wird ersetzt durch eine Auswahl nach „populationsgenetischer Gruppierung“ und die strafrechtlich verbotene Leugnung der Shoah wird zum Kampf für „Meinungsfreiheit“ umgedeutet. Die geänderten Begriffe dürfen nicht darüber hinwegtäuschen, dass der großdeutsche Geist in den Verbindungen weiterspukt und weiterhin als primärer politischer Orientierungspunkt dient. So verwundert es nicht, dass de facto jeder namhafte Neonazikader der zweiten Republik in Verbindungen war und rechtsextreme Morde nach 1945 einen auffällig hohen „Korporationshintergrund“ hatten.

Burschenschaften bieten also in einer turbulenten Zeit von kapitalistischer Krise und verschärfter Konkurrenz jungen Männern mit mangelnd ausgebildeten Charakterstrukturen etwas an, das ihnen fehlt: nämlich Identität und Orientierung. Diese Identität ist männlich, elitär und deutsch. Die Kehrseite dieser Identität sind Ausgrenzung und (strukturelle) Gewalt gegen diejenigen, die dem nicht entsprechen, das heißt: gegen Frauen, Homo- und Transsexuelle, sozial Benachteiligte, Migrant\_inen und Jüd\_innen. Damit sind Burschenschaftler die Spitze eines reaktionären Eisberges im Umgang mit verschärften Krisenkonstellationen. Sexismus, Elitarismus/Sozialchauvinismus und das Rückbesinnen auf „die gute alte Zeit (des NS)“ sind gängige Muster in der zugespitzten Konkurrenz – nicht nur am rechten Rand, sondern gerade aus der bürgerlichen Gesellschaft heraus. Im Verteidigungskampf um bestehende Privilegien und das bisschen ange-

sparten Wohlstand beruft sich das bürgerliche Subjekt verzweifelt auf eine Identität, die ihm Status, Arbeit und Geld erhalten soll. Und so tönt es nicht nur im korporierten Milieu: Als erstes mögen doch bitte Frauen vom Arbeitsmarkt an den Herd verschwinden oder lieber Teilzeit statt Vollzeit arbeiten, das gesellschaftliche Vermögen solle nicht an „Sozialschmarotzer\_innen“ verprasst werden und in puncto Beschäftigungspolitik gab es doch schon mal eine Zeit als Massenarbeitslosigkeit – u.a. durch den Bau von Autobahnen – effektiv bekämpft wurde. Dies sind Statements aus der Mitte der Gesellschaft. Die deutschnationalen Verbindungsbrüder spitzen dieses massenhaft verankerte Denken nur in besonderer Weise zu.

### **Ob völkisch oder kulturalistisch: Rassismus tötet!**

Ein weiteres Merkmal, das sich bis heute in rechtsextremen Verbindungen finden lässt, ist Rassismus. Historisch vertraten deutschnationale Burschenschaften einen Rassismus, der „Rasse“ aus der Biologie des Menschen heraus definierte. Nach den Greueln des NS konnte an diese Inhalte nicht mehr nahtlos angeknüpft werden. Zu barbarisch waren die rassistischen und antisemitischen Exzesse der Nazis. In den letzten Jahrzehnten wandelte sich daher der Rassismus unter Federführung der – überwiegend aus dem studentischen Milieu stammenden – Neuen Rechten. Die Neue Rechte etablierte die Konzepte des Ethnopluralismus und des kulturellen Rassismus und sie entkoppelten damit oberflächlich Nationalismus und Rassismus vom völkischen Biologismus. Statt Blut-und-Boden-Ideologie werden nun Ethnien mit angestammten und natürlichen Terri-



torien propagiert. Statt einer Rassezugehörigkeit anhand von Genen werden Menschen anhand kultureller Zugehörigkeit kategorisiert. Diese ideologische Transformation breitete sich in den vergangenen Jahrzehnten vom rechts-akademischen Spektrum in den Mainstream der Gesellschaft aus. Dort wurden Kulturalismus und Ethnopluralismus von bürgerlichen Alltagsrassist\_innen wohlwollend aufgenommen und reproduziert. Die Unverfänglichkeit über Kultur und territoriale Zugehörigkeit zu reden geht schließlich wesentlich einfacher über die Lippen als das alte Nazivokabular von Volk und Rasse. Gemeint ist in den allermeisten Fällen das gleiche. Ging es im „alten“ Rassismus darum, dass es keine Vermischung von „Rassen“ geben sollte, heißt es nun, die Kulturen sollten erhalten und daher nicht vermischt werden. Dachte die Blut-und-Boden-Ideologie den Volkskörper mit einem gewissen „Lebensraum“ zusammen, geht es im Ethnopluralismus darum, Ethnien und Kulturen einem abgesteckten Territorium zuzuordnen. Kultur wird zur zweiten, unveränderlichen Natur der Menschen und argumentiert somit fast identisch wie der biologische Rassismus.

Migration ist dem modernisierten wie dem traditionellen Rassismus ein

Dorn im Auge. Nachdem es als common sense gilt, dass gewisse Kulturen feste, unveränderliche Eigenschaften besitzen, folgt daraus für die Alltagsrassist\_innen, dass diese mit der hiesigen Kultur unvereinbar sind. Mit anderen Worten: Die „Kulturfremden“ gehören abgeschoben; nicht wegen ihrer Hautfarbe, sondern wegen ihrer kulturellen Andersartigkeit. Der grassierende antimuslimische Rassismus greift z.B. nicht primär biologistische Muster auf, sondern argumentiert kulturalistisch. Jene Migrant\_innen, die nicht abgeschoben werden, müssen sich an kulturellen Maßstäben messen lassen. Gilt eine Herkunftskultur als faul oder ungebildet, lässt sich damit ökonomische Ungleichheit einwandfrei legitimieren. Ein schlechter bzw. gar kein Job oder eine geringere Bezahlung sind die Folge. Ursache und Wirkung werden vertauscht. Nicht die Rassist\_innen sind Schuld an der Ausgrenzung, sondern die Ausgegrenzten wegen ihrer angeblichen kulturellen Eigenschaften.

Auch die staatliche Migrationspolitik nutzt diese Argumentation. Lager-systeme, Schubhaft und Abschiebungen werden in erster Linie nicht als Maßnahmen staatlicher Herrschaft und Kontrollmechanismen begriffen, sondern als Folge des Verhaltens von Migrant\_innen. Abgeschoben wird wegen angeblich grassierendem Asylmissbrauch und kaserniert wird, um die lokale Bevölkerung vor dem (kriminellen) Verhalten der Migrant\_innen zu schützen. Ein weiteres Mal wird nicht Rassismus als Ursache der Maßnahmen benannt, sondern dem Verhalten der Migrant\_innen zugeschrieben.

Besonders in Zeiten der Krise verschärft sich die rassistische Frontstellung. Die mittlerweile alltägliche Hetze gegen Griech\_innen und ihre angeblich faule und dekadente Art bedient sich unverhohlenen kulturell-rassistischer Motive. Dies dient dem Zweck, in der

nationalstaatlichen Konkurrenz die eigenen Privilegien und den nationalen Standort zu verteidigen. Solidarität wird zum Fremdwort. Wohlstand soll es nur für eine\_n selbst, höchstens noch fürs eigene Kollektiv geben. In der Verteidigung des eigenen Wohlstands und der eigenen Privilegien sind Rassist\_innen fast alle Waffen recht. Die Stimmung heizt sich – nicht nur in der FPÖ-Wähler\_innenschaft – auf, wenn es um Rettungsschirme und Schuldenerlasse geht. Ebenso kochen die Gemüter, wenn es in den einschlägigen Schundblättern mal wieder um Asylmissbrauch geht. In einem solchen Klima rassistischer Verbalaggression ist es zum rassistischen Übergriff dann nur noch ein kleiner Schritt.

### **There is no alternative: Grenzenlose Solidarität!**

Für eine radikale Linke muss die aktuell verschärfte Krisensituation praktische Konsequenzen haben. Zum einen muss klar sein, dass der hiesige rassistische Mob, der täglich gegen Asylmissbrauch, „faule Südländer\_innen“ und „kulturfremde“ Migrant\_innen hetzt, auf der anderen jenseits der Feindeslinie steht. Deshalb: „Nein, wir lieben dieses Land und seine Leute nicht!“

Weiters gilt es einer in die Jahre gekommenen Parole wieder Leben einzuhauchen: Solidarität muss praktisch werden – und zwar mit den verschiedenen antirassistischen Kämpfen, die aktuell an verschiedenen Orten mit verschiedenen Mitteln geführt werden. Dazu ist es notwendig, die nach wie vor bestehenden Unterschiede zwischen antifaschistischer und antirassistischer Teilbereichspolitik zu reflektieren und zu überwinden. Der Kampf um globale Bewegungsfreiheit ist genauso Bestandteil emanzipatorischer Politik wie die Kritik an Staat und Kapital. Konsequenterweise muss die antirassistische

Betätigung mit der Logik von Nationalstaaten brechen. Denn der Kampf gegen Abschiebungen und die Festung Europa ist im innersten Kern antinational. Die Bemühungen um globale Bewegungsfreiheit machen nämlich nur dann Sinn, wenn sie auf die Abschaffung von Nationen als bürgerlich-kapitalistische Konstrukte abzielen. Erst mit dem Fokus auf die Abschaffung von Nation und kapitalistischer Standortlogik wird antirassistische Politik zu einem wirklich grenzen- und schrankenlosen Unterfangen. Solange der Nationalstaat und die Nation als Ideologie nicht angegriffen werden, betreibt antirassistische Politik leider nur einen sich permanent wiederholenden Kampf gegen Windmühlen.

In diesem Sinne gilt es eine antinationale und – im wortwörtlichsten Sinne – grenzenlose Solidarität zu praktizieren! Diese Solidarität gilt den verschiedenen Kämpfen gegen rassistische Ausgrenzung, Abschiebungen und für globale Bewegungsfreiheit. Diese Solidarität gilt aber ebenso denjenigen sozialen Kämpfen, die von der kapitalistischen Krise und von dem EU-Spardiktat weit mehr betroffen sind, als die mitteleuropäischen Mitgliedsstaaten.

Gegen den Wiener Akademikerball als Sammelbecken reaktionärer Krisenlösungen.

**Freitag, 1. Februar 2013 //  
18:00 Uhr // Europaplatz,  
Wien**

Infos auf: [nowkr.at](http://nowkr.at) und [umsganze.org](http://umsganze.org)\*

## Wir Bleiben alle! Für den Erhalt des Berliner Kulturprojektes KvU

Anmerkung der Termit Redaktion: Nicht nur gegen den WKR-Ball wird am ersten Februar Wochenende demonstriert. Auch gegen die Zwangsräumung des Berliner Kulturprojektes KvU wird in Wien Druck gemacht. Warum? Besitzerin der Räumlichkeiten des Kulturprojektes ist die in Wien ansässige Immowert GmbH. Warum es sich für das KvU zu kämpfen lohnt, zeigen wir euch mit einem (leicht gekürzten) Text der KvU selbst (bit.ly/VmHXos).

**Packt die Sachen, es geht nach Wien...**

**2. Februar 2013 / 14 Uhr / Wien – Demonstration zum „Besitzer“ der KvU.**

Die Kirche von Unten (KvU), eines der ältesten links-alternativen Projekte Berlins, steht mit Beginn diesen Jahres ohne Mietvertrag da und blickt einer Räumung entgegen. Die Immowert Arkonahöfe Berlin GmbH, eine Untergruppe eines äußerst undurchsichtigen Firmengeflechts von AGs, GmbHs, samt eigener Stiftung, schlug jedes Gesprächsangebot in den Wind<sup>(1)</sup>. Nach nun rund zwei Jahren Schriftverkehr, schwammigen Antworten der Hausverwaltung und der Nichtverlängerung der Mietverträge diesen Januar, reißt uns der Geduldsfaden. Wir werden darum Michael F. Simonic, einem „Eigentümer“ der KvU, am 2. Februar einen Besuch abstatten. Dafür machen wir uns auf den Weg nach Wien. Hier findet am Vortag, dem 1. Februar der sogenannte „Wiener Akademiker Ball“ statt.

**„Freiräume“ im Kapitalismus gibt's nicht – und trotzdem sind sie notwendig!**

Selbstverwaltete Räume sind Grundvoraussetzung für den Widerstand gegen die Ekelhaftigkeiten des Kapitalismus. Die FPÖ und deren ebenso patriarchaler Anhang verkörpern sehr anschaulich genau diese ideologische und seelische Hässlichkeit. Selbstverwaltete Räume sind aber auch Orte, an denen wir eine Verschnaufpause von der alltäglichen Konkurrenz-Tretmühle nehmen kön-

nen. Sicher ist in unseren „Freiräumen“ nicht alles perfekt und die komplette Abstreifung aller schlechten „Ismen“ noch weit entfernt aber ein Leben und Kämpfen ohne sie wäre einfach nur beschissen. Darum ist der Erhalt der KvU und aller linken Wohn- und Kulturprojekte unabdingbar.



**Kirche von unten – 26 Jahre widerständig**

Für alle die die KvU nicht kennen soll hier in Kürze die Geschichte des Ladens angerissen werden:

Zu DDR-Zeiten sammelten sich in der „Offenen Arbeit“ der evangelischen Kirche etliche Leute die in den damaligen offiziellen Jugend und Freizeitangeboten keinen Platz fanden. In

Berlin und anderen Städten Deutschlands wurden kirchliche Einrichtungen zur Heimstätte von Subkultur und linker Politik, links von der DDR. Trotz Sympathie für oppositionelle Bewegungen war die Kirche stets um ein entspanntes Verhältnis zum Staat bemüht, was unter anderem zu Maßregelungen und Versetzungen einzelner Kirchenmitarbeiter\*innen führte. Gegen diese Tendenz veranstalteten oppositionelle Gruppen im Juni 1987, parallel zum offiziellen Evangelischen Kirchentag, einen Kirchentag von Unten der großen Zuspruch erhielt. Aus der dort formulierten Forderung nach Handlungsautonomie und eigenen Räumlichkeiten entstand in der Folgezeit die Kirche von Unten als fester Anlaufpunkt für Punks, Freaks, Dissidenten usw. Im Oktober des selben Jahres griffen Neonazis ein Konzert der Band Element of Crime in der Zionskirche in Prenzlauer Berg an<sup>(2)</sup>, das aus dem Spektrum der Kirche von Unten organisiert wurde. Für die Organisator\*innen des Konzertes, zu denen maßgeblich Silvio Meier<sup>(3)</sup> zählte, war schon davor, aber spätestens nach dem Überfall klar, dass organisierter Widerstand gegen Neonazis in Ostberlin notwendig war und ist. Als Reaktion auf die verstärkte Nazipräsenz gründete sich im Juni 1989 in der KvU die erste Ostberliner Antifa Gruppe (ab Sommer 1990 Autonome Antifa Ostberlin)<sup>(4)</sup>. Bis heute ist die Kirche von Unten ihrem Anspruch

treu geblieben, sozialer Ausgrenzung und rassistischem Bullshit durch die Schaffung selbstbestimmter Kultur etwas entgegen zu setzen.

### Wenn es drei mal klingelt

Die Stadt wird von den Kapitalfraktionen nicht als Lebensraum betrach-

tet, sondern vor allem als Ware, die es bestmöglich zu veräußern gilt. Die Umwandlung von öffentlich zugänglichem Wohn- und Gewerberaum in Privatwohnungen lässt sich in diesem Zusammenhang als Trend auf dem europäischen Immobilienmarkt beobachten. Und so soll nun, wenn es nach dem Willen der Immowert-Gesellschaft

geht, die KvU nach 26 Jahren, 21 davon in der Kremmener Straße, zu Gunsten von privatem Wohnraum weichen. Für die Berliner Stadtteile Mitte und Prenzlauer Berg würde dies das Verschwinden eines weiteren Ortes gewachsener Gegenkultur bedeuten.

Wenn das Immowert-Firmengeflecht und Simoncic keine Lust haben sich mit uns ins Benehmen zu setzen, kommen wir einfach mal vorbei. Räumliche Distanz sollte schließlich keine Rolle spielen. Wir rufen euch deshalb dazu auf am 1. Februar mit uns in Wien zusammen gegen den FPÖ-Fascho-Ball und am 2. Februar für die Verteidigung emanzipatorischer Politik und Kultur auf die Straße zu gehen.

Dieser Appell richtet sich speziell an die Menschen in Österreich, im Süden Deutschlands und die in Berlin, die sich gegen Nazis und für selbstverwaltete Freiräume einsetzen.

Die Stadt als Ware? Wir sagen: Nein Danke! Nationalismus? Haut mal ab mit dem Scheiß! Wir bleiben Alle!

**immowert**  
**GENTRIFIZIERT**  
**KvU. OBJIZIERT.**



**LUXUSSANIERUNG**  
**IST**  
**KEIN SPASS !**

kvu.blogspot.de

<sup>(1)</sup> "KvU – Es brennt noch Licht!", Indymedia, 08.01.2013 bit.ly/Y303sx

<sup>(2)</sup> "Der Naziüberfall auf die Zionskirche" bit.ly/10Hx8Ki

<sup>(3)</sup> Silvio Meier war schon zu DDR-Zeiten in der KvU und in der Umweltbibliothek aktiv. am 21.11.1992 wurde er von Neonazis ermordet. Interview mit Silvio Meier, "Silvio Meier Demo 2012, Umbruch Bildarchiv, November 2012 bit.ly/14gU8U9 / Materialsammlung und Broschüre mit Interviews mit Silvios Freunden anlässlich Silvio Meier-Gedenk-Demo 2012 bit.ly/XABdxr

<sup>(4)</sup> "Antifa Infoblatt Ostberlin" bit.ly/TvNkB3

# **TIERMIT 02/2013**

**Fr 01.02.2013**

18.00 NO WKR Demo/Wien/Europplatz  
20.00 BAISL im Sub/Müllnerhauptstr.11b

**Sa 02.02.2013**

10.00 AbtreibungsgegnerInnen ärgern/  
LKH Mülln

14.00 Demo/Wien wir Bleiben alle!

Für den Erhalt des Berliner Kulturprojektes

KVU. Infos unter: [kvu.blogspot.de/](http://kvu.blogspot.de/)

18.30 Filmabend und anschließend  
Beisl im Epizentrum/

InfoLaden/ Lassentmasse 26

**Mi 06.02.2013**

18.00 Radio SisterResist/107,5 Mhz.

**Fr 08.02.2013**

20.00 BAISL im Sub/Müllerhauptstr.11b

**Di 12.02.2013**

20.00 Grrrrrls Jam/Denkmal/women only

**Fr 15.02.2013**

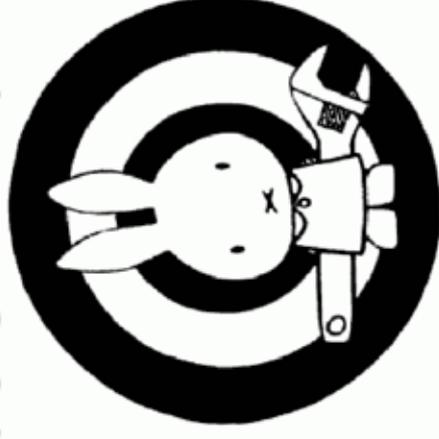
20.00 BAISL im Sub/Müllerhauptstr.11b

**Fr 22.02.2013**

20.00 BAISL im Sub/Müllerhauptstr.11b

**Mi 27.02.2013**

20.00 Antifa Cafe



**ACHTUNG!** Dieser Text beschäftigt sich mit (dem Thema) sexualisierter Gewalt gegen Frauen\*.

Er kann Trigger enthalten, also Betroffene in unangenehme und/oder traumatisierende Situationen zurückversetzen. Solltest du dich vorweg mit dem Thema unwohl fühlen oder selbst betroffen sein, lies den Text nur, wenn du dich sicher genug fühlst und du anschließend dafür sorgen kannst, dass es dir wieder gut geht! Es kann auch besser sein, ihn nicht sofort oder gar nicht zu lesen.

# Vergewaltiger wir kriegen Euch!



In den letzten Wochen und Monaten waren Berichte über sexuelle Übergriffe an Frauen\* in unserer Medienlandschaft deutlich und schon nahezu regelmäßig sichtbar. Auslöser für diese Welle an Nachrichten war die brutale Massenvergewaltigung einer jungen Frau\* in Indien im Dezember letzten Jahres. In Delhi führte das Bekanntwerden dieses Verbrechens zu heftigen Reaktionen in der Bevölkerung. Angeführt von Student\_innen fanden sich schon bald tausende Demonstrant\_innen ein, um auf vorhandene Missstände aufmerksam zu machen und für mehr Frauen\*rechte zu protestieren.

Das internationale Interesse an diesen Vorkommnissen ist nach wie vor groß und der Prozess der Täter findet in den Tageszeitungen weiterhin seinen fixen Platz. Zudem ist zu beobachten, dass auch Vergewaltigungen in Österreich in den aktuellen Medien ausgiebig behandelt wurden (siehe U6). Doch woran liegt diese präsenste, öffentliche Auseinandersetzung mit dem Thema? Im optimistischen Fall könnte man davon ausgehen, dass sexualisierte Gewalt an Frauen\* endlich von der Liste der Tabu-Themen gestrichen wurde und es zum Bewusstwerden einer vorhandenen Problematik kommt. Aus pessimisti-

scher Sicht muss man wohl annehmen dass der Nachrichtenwert des Themas aufgrund internationaler Presstrends stark gestiegen ist und dadurch auch auf nationaler Ebene über ähnliche Inhalte berichtet wird. Denn dass die Lage für Frauen\* in Indien prekär ist und dass es in allen anderen Teilen der Welt nicht unbedingt besser aussieht darauf weisen Organisationen wie Unifem, EIGE und die WHO u.a. schon seit Jahren hin!

Unifem benennt sexualisierte und/oder physische Gewalt an Frauen\* als die am häufigsten angewendete Menschenrechtsverletzung unserer Gegenwart. Sieht man den bitteren Tatsachen ins Auge ist der gewaltsame Umgang mit Frauen\* und Mädchen Standard. So gibt die Unifem in ihrer Studie aus 2011 bekannt, dass 70% aller Frauen\* im Laufe ihres Lebens bereits einmal sexueller oder physischer Gewalt ausgesetzt waren, wobei die Täter in den häufigsten Fällen aus vertrauter Umwelt stammten. Häusliche Gewalt ist aktuell die Hauptursache für Tod oder Gesundheitsschädigung von Frauen\* zwischen 15 und 44.

In ihrer Studie unterscheidet Unifem zwischen mehreren Formen von sexualisierter Gewalt gegen Frauen\*, um unterschiedliche Problematiken deutlich machen zu können. Dazu zählen Femicide, das sind Morde an Frauen\*. Trafficking also der Handel mit Menschen, welcher zu 80% Frauen\* betrifft. 640 000 Frauen\* werden jährlich hauptsächlich als Zwangssexarbeiterinnen einer grausamen aussichtslosen Realität

ausgesetzt. Harmful Practices beschreiben u.a. Verstümmelung von Frauen\* und Zwangsheirat von Minderjährigen. Unifem schätzt aktuell zwischen 100 und 140 Millionen Mädchen und Frauen\*, die eine genitale Beschneidung über sich ergehen lassen mussten und weitere 300 Millionen, denen ein ähnliches Schicksal drohen könnte.

Vergewaltigung betrifft auch als Kriegsverbrechen viele Frauen\*. Sie wird in militärischen Aktionen als Angriffsmittel zum Einsatz gebracht und stellt ein Verbrechen gegen die Menschheit dar. Die Anwendung von physischer Gewalt gegen Frauen\* ist ein häufig ins Private verdrängtes Mittel zur Aufrechterhaltung der Männerherrschaft. Mit Gewalt werden Frauen\* von Macht und Autonomie ausgeschlossen. Das Öffentlichmachen von sexualisierter Gewalt stellt für die Betroffenen eine große Belastung dar. Umfassende Befragungen zur Gewalterfahrung, Konfrontationen mit dem Täter und mögliche problematische Reaktionen des sozialen Umfeldes bzw. seitens der Polizei oder des Gerichtes bei Anzeigenerstattung sind Probleme und Herausforderungen für Betroffene und können Retraumatisierungen für die Frauen\* zur Folge haben. Viele der angezeigten Fälle enden in einem Freispruch oder einer Einstellung des Verfahrens. Auch etwa weil frau\* sich zu wenig gewehrt hat. Das obwohl bei gewalttätigen Übergriffen generell gewaltsame Gegenwehr des Opfers eher die Ausnahme darstellt, da es in lebensbedrohlichen Situationen nur den wenigsten gelingt sich überhaupt zur Wehr zu setzen. Eine andere Facette der staatlichen Reaktionen in Österreich wird an der Verurteilung eines Mannes, der versuchte seine Freundin gegen Mitternacht auf der Straße zu erstechen, wegen „gerade noch leichter Körperverletzung“ sichtbar. Das Gutachten zählte sieben Stichverletzungen in Hals und Brust des Opfers. Häusliche Ge-

walt und Gewalt im Privaten finden eher Eingang in die Statistiken als in die Zeitungen. Der als fremd beschriebene Serientäter und Gewalt gegen Frauen\* in Nicht-EU-Staaten lösen Empörung und Empathie aus, während häusliche Gewalt in der Mehrheitsgesellschaft tabuisiert wird. Betroffene werden in ihrem engsten Umfeld oft als mitverantwortlich gesehen, die Taten häufig bezweifelt oder verharmlost. Dies insbesondere, wenn eine Solidarisierung mit dem Täter möglich ist und auch tatsächlich erfolgt.

Frauen\* sind ständig sexuellen Anspielungen bis hin zu Übergriffen ausgesetzt und werden wie Objekte behandelt und dargestellt. Eine Vergewaltigungskultur verharmlost die Gewalterfahrungen von Frauen\* und zeigt sich in der Verneinung ihrer körperlichen Selbstbestimmung und Integrität. Als aktuelles Beispiel dafür wie Vergewaltigungsmythen weiterhin auch medial gestützt werden ist ein Artikel der Salzburger Nachrichten vom 01.12.2012 zu nennen, in dem der Wettermoderator Jörg Kachelmann nach seinem Freispruch in einem Vergewaltigungsfall porträtiert und als Racheengel präsentiert wird. Völlig unreflektiert wird in diesem Artikel von „der besonders großen Gefahr als Mann Opfer einer Falschbezeichnung zu werden“ berichtet. Dem nicht genug folgen Zahlen und „Fakten“ aus vermeintlichen Expertenquellen wie WikiMAN-Nia und von dem Leiter des LKA

Niederösterreichs Leo Lehrbaum der behauptet es sei davon auszugehen, dass 80% aller Anzeigen in Zusammenhang mit sexualisierter Gewalt einer Falschbeschuldigung zu Grunde liegen und er ruft Frauen\* zu „...verantwortungsvollerem Umgang sowohl mit Anzeigen als auch der Sexualität.“ auf. Diese Zahlen sind nicht belegt. Danke auch Herr Lehrbaum! Anstatt Täter zu verfolgen und für ihre brutalen Übergriffe zur Rechenschaft zu ziehen werden Frauen\* durch solche Aussagen diskreditiert und Vergewaltigungsmythen weiterhin geschürt. Außerdem werden Betroffene durch eine derartige Haltung massiv abgeschreckt ihre traumatischen Erlebnisse an die Öffentlichkeit zu tragen. Fakt ist nämlich, dass die meisten Vergewaltigungen erst gar nicht zur Anzeige gebracht werden und die Täter entweder nicht oder nur milde verurteilt werden.

Lass Dich nicht anquatschen, wehre Dich, hörst Du eine Frau\* schreien, geh hin, greif ein, lass die andre nicht allein...

Mach feministische Selbstverteidigung: [sisterresist.wordpress.com/wendo-2](http://sisterresist.wordpress.com/wendo-2)



## derNEUBAU des Salzburger Gefaengnisses. Ein PASSIVGEBAEUDE und die Verlegung nach PUCH

Der Entwurf baut auf einer klaren Typologie in einem orthogonalem System auf und bettet das Projekt mit einer mäßigen Höhenentwicklung unaufgeregt in die umgebende Topografie ein. Der Hoftypus stellt im Übergang zum bewaldeten Grünland einen selbstverständlichen Baustein ohne aufgeregte Attitüden dar. Der Zuschnitt des zentralen Hofes ist hinsichtlich Belichtung/Besonnung sehr qualitativ und in einem harmonischen Längen-Breiten-Verhältnis optimal gelöst. Um diesen Hof gruppieren sich die Baukörper in einer spiralförmigen Höhenstaffelung und machen die Funktionen lesbar. Das Projekt zeichnet sich durch eine sinnvolle Verteilung der Funktionsbereiche mit kurzen Wegen aus. Die Erschließung ist klar und bietet eine gute Orientierung. Durch die Kompaktheit der Baukörper verbleiben gut nutzbare Freiflächen. Die ausgestanzten Lichthöfe verstärken die Qualität und Nutzbarkeit der dreihüftigen Anlage durch die atmosphärische Gestaltung der Innenzonen. Das Projekt ist in seiner Gesamtfigur, im Verhältnis der Teile zueinander und in deren jeweiligen Proportionen im Verhältnis zum Ganzen ausgewogen.

Der hier einleitende Textauschnitt ist dem Juryprotokoll entnommen, das die Wahl des Siegerprojekts für den Neubau des Salzburger Gefängnisses begründet. Dass es sich hier um den Bau eines Gefängnisses handelt, ist ohne entsprechendem Kontext wohl nur schwer zu erraten. Vielmehr drängt sich eher die Vorstellung an ein Krankenhaus oder Altersheim, an einen Wohnkomplex oder vielleicht sogar an eine romantische Feriensiedlung auf. In schönen Worten wird hier verpackt und getarnt, um was es sich eigentlich handelt: Ein Instrument der Repression in der Hand der Macht – ein Gefängnis. Alleine schon aus diesem Juryprotokoll lassen sich Schlüsse über die allgemeine Situation der Gefängnisse in Österreich im 21. Jahrhundert ziehen. Längst vorbei sind die Zeiten, als Gefängnisse noch furchteinflößende Brachialbauten waren, die die BewohnerInnen der Städte bereits bei ihrem bloßen Anblick erzittern ließen und allen klar machten, dass bei jeglichem Fehlverhalten dieser Ort für sie bestimmt ist. Denn diese Aufgabe zu erfüllen war durch die zunehmende Technologisierung und Weiterentwicklung der sozialen Kontrolle, Überwachung und Repression schlichtweg nicht mehr nötig. Vielen Menschen – mit Ausnahme der Reichen – ist heute sowieso klar, dass sie

immer bereits mit einem Fuß im Gefängnis stehen und ohnehin verkommt die Gesellschaft als Ganzes immer mehr und mehr zu einem alles umfassenden Gefängnis. Trotz dieser Situation werden die Haftanstalten nicht nur von der österreichischen Mehrheitsbevölkerung, sondern von fast allen Menschen in diesem Land, begrüßt und befürwortet. Aber in den Zeiten des Wohlstands, Konsums und Reichtums wollen die Menschen nicht mit den Problemen konfrontiert werden, die rund um sie passieren. Das passt einfach nicht. Nur zu gerne werden die Augen verschlossen, um das Idealbild der heilen Welt nicht ins Wanken geraten zu lassen.

Und aus diesem Grund war und ist es ein naheliegender Schritt, die Gefängnisse von ihrem ursprünglichen Standorten mitten in den Städten in die Peripherie zu verlagern. Es gibt dafür jede Menge weiterer ausschlaggebende Gründe, aber gerade für die Situation des Salzburger Gefängnisses ist das ein wesentlicher Aspekt. Schließlich befindet sich die Haftanstalt dort direkt an der Grenze zur Altstadt. Und wie sich die Stadt gerne zu verkaufen versucht, ist ein Gefängnis mehr als fehl im Bilde. Die Massen an TouristInnen ebenso wie das schicke Klientel der Festspiele sollen auf ihrem Weg von Sehenswürdigkeit zu Sehenswürdig-

keit, Konzerthaus zu Konzerthaus, dem Bummel ins nächste Restaurant oder in die Boutique nicht an einem Gefängnis vorbeikommen und dabei vielleicht noch auf die Idee kommen, dass es auch Leute gibt, die für ihren Luxus bitter zu bezahlen haben. Die Salzburger Justizanstalt wurde 1909 eröffnet. Da es sich um ein gerichtliches Gefangenenhaus handelt, nahm zeitgleich auch das anschließende Gerichtsgebäude – das Salzburger Landesgericht – seine Arbeit auf. Aufgrund der Funktion eines gerichtlichen Gefangenenhauses werden im Gefängnis Untersuchungshäftlinge sowie Menschen mit Freiheitsstrafen mit einer Dauer von bis zu 18 Monaten festgehalten. Zusätzlich werden immer wieder Finanz- und Verwaltungshaftstrafen abgessen. Die 206 Haftplätze sowohl für Frauen als auch für Männer sind – wie in den meisten österreichischen Gefängnissen – chronisch überbelegt. Und wie in allen österreichischen Gefängnissen sind die Inhaftierten zu Zwangsarbeit verpflichtet. In Salzburg gibt es daher innerhalb der Mauern 11 unterschiedliche Anstaltsbetriebe, die davon profitieren. Daneben werden noch im Zuge von Freigängen die billigen Arbeitskräfte von privaten Firmen ausgebeutet. Wie der Homepage der Justizanstalt zu entnehmen ist, bieten die eigenen Betriebe

etwa „Tischler- und Schlosserprodukte nach Maß und Wunsch“, „Buchbinde- und Druckleistungen nach modernsten Standards“, „Reinigung von Kraftfahrzeugen sowie Durchführung von Reifenmontagearbeiten“, „Reinigung von Textilien aller Art für Gewerbe, Dienstleistungsbetriebe und Vereine“ oder die „Erzeugung von kunsthandwerklichen Gegenständen aller Art und für alle Anlässe“ an. Diese können nun in Zeiten des Internets bequem über den Ebay-Produktkatalog unter der Anbieterin „Justizanstaltsalzburg“ oder über den Onlineshop des Justizministeriums durchstöbert und gekauft werden.

Wie bereits erwähnt, passt das Gefängnis mit seiner zentralen Lage nicht ins Salzburger Stadtbild. Daher gibt es schon seit langer Zeit Überlegungen und Diskussionen wegen einem Standortwechsel. Den BefürworterInnen dürfte vor allem in Hinblick einer realen Durchführung und Finanzierung das mit seinen fast 100 Jahren ins Alter gekommene und somit immer mehr sanierungsbedürftigere Gebäude zunehmend in die Hände gespielt haben. Im September 2008 war es dann soweit, als Pläne des Justizmi-

nisteriums bekannt wurden, die einen Neubau auf dem Gelände der Schwarzenbergkaserne in der nahe Salzburg gelegenen kleinen Gemeinde Wals-Siezenheim vorsahen. Wie schon mit dem Beispiel der Wiener Baumgasse aufgezeigt wurde, stellen für konkrete Entscheidungen bei den Gefängnisneubauten in Österreich parteipolitische

Sessel der Landeshauptleute zu bringen, sondern auch die seit 1945 bestehende Linie der schwarzen Landeshauptleute des Bundeslands Salzburg zu durchbrechen. Die Stadt Salzburg selbst hat seit 1999 mit Heinz Schaden einen roten Bürgermeister und als dann Anfang 2007 mit Maria Berger das Justizministerium seit Langem wieder in die Hände der SPÖ fiel, schien der richtige Zeitpunkt gekommen zu sein, das Projekt Gefängnisneubau anzugehen und innerparteilich leicht durchsetzen zu können. Es hat dann auch nicht lange gedauert, bis eben im September 2008 die geplante Verlegung nach Wals-Siezenheim bekanntgegeben wurde. Unterstützt durch ihre Parteifreundin und Justizministerin Berger informierte Burgstaller die Öffentlichkeit, dass „es der Standort ist, der die höchsten Synergien bringt, sprich, es ist ja dort schon ein bewachter Gegenstand, eine Kaserne und da würde das sicher gut dazu passen – natürlich mit

– natürlich mit allem, was dazu gehört. Die Prüfung findet jetzt statt und ich hoffe, dass man zu einem guten und einvernehmlichen Ergebnis kommt. Es scheint mir wirklich das Einzige in relativ kurzer

Until all are free



we are all imprisoned

Machtkämpfe den ausschlaggebenden Faktor dar. Und so war das auch in Salzburg der Fall. Mit Gabi Burgstaller ist es der SPÖ 2004 nicht nur erstmals in der 2. Republik gelungen, eine Frau in den

Zeit machbare zu sein.“ Nur haben die Roten die Rechnung ohne den politischen Gegner ÖVP gemacht. Schon kurz nach der Verlautbarung meldete sich der ÖVP-nahe und für die Kaserne zuständige Militärkommandant Karl Berkold zu Wort: „Dieses Areal von 30.000 Quadratmetern ist ein wichtiger Teil des Logistikzentrums des Bundesheeres. Wir haben hier sehr wichtige Werkstätten, die in den letzten Tagen neu errichtet oder generalsaniert wurden. Da wurden mehr als fünf Millionen Euro investiert. Die Gebäude müssten - wenn es so kommen würde - wohl abgerissen und anderswo errichtet werden. Auch aus wirtschaftlichen Überlegungen ist diese Sache nicht realisierbar.“ Als dann am folgenden Tag der Wals-Siezenheimer ÖVP-Bürgermeister noch sein Veto einlegte und informierte, dass niemand seiner 25 Gemeindemitglieder für das Gefängnis stimmen werde, war das Projekt nicht einmal eine Woche nach der Bekanntgabe wieder vom Tisch. Aber – und das blieb von der ganzen Diskussion übrig – gescheitert war nur der Neubau in Wals-Siezenheim. Dass es prinzipiell zu einer Verlegung des Gefängnisses kommen müsse, kann als eines der Ergebnisse der Geschichte betrachtet werden. Darin bestand über die Parteigrenzen hinweg Einigkeit.

Ende 2008 scheiterte die Regierung Alfred Gusenbauer. Sie wurde nach den folgenden Neuwahlen durch die Regie-

rung seines SPÖ-Parteifreundes Werner Feymann ersetzt. Dabei wechselte jedoch das Justizministeriums wieder zur ÖVP. Nun waren die Schwarzen an der Reihe, sich der Sache des Salzburger Gefängnisses anzunehmen und die Verhandlungen konnten beginnen. Für die damalige Justizministerin Claudia



Bandion-Ortner – die ihren eigenen Worten zufolge dem Projekt höchste Priorität einräumte – bestand nun die Aufgabe, einen geeigneten Standort sowie einen Partner in einer ÖVP regierten Gemeinde in der Nähe von Salzburg zu finden. Es war damit zu rechnen, dass letzteres aufgrund der politischen Situation im Bundesland Salzburg nicht allzu schwierig werden sollte. So war es dann auch und im April 2010 konnten die neuen Pläne bekanntge-

geben werden. Als Partner holte sich Bandion-Ortner ihren Parteikollegen Helmut Klose an Board, der als Bürgermeister von Puch bei Hallein im Gewerbegebiet des Ortes ein passendes Grundstück sowie den Rückhalt seiner Gemeinde für das Gefängnis anzubieten hatte. Da auch von der SPÖ kein Gegenwind kam, schließlich lag die nun endlich anstehende Verlegung doch auch im Sinne der Sozialdemokratie, stand dem Projekt nichts mehr im Wege.

Im Detail wurde eine räumliche Trennung des Gefängnisses sowie des Landesgerichts vereinbart. Der Neubau des Gefängnisses wurde für Puch beschlossen, während das Gericht seinen alten Standort behält und ausgebaut sowie saniert wird. Getrennte Standorte sind generell aus der Sicht der Justiz nicht unproblematisch, da RichterInnen und StaatsanwältInnen, die Häftlinge vernehmen wollen, vor diesen Terminen Transporte durch die Justizwache organisieren müssen oder auf der anderen Seite AnwältInnen, die sowohl mit der Justiz als auch mit ihren KlientInnen sprechen wollen, hin- und herfahren müssen. Das neue Gefängnis wird 12 Kilometer vom Gericht entfernt sein und auch wenn die Justiz aufgrund der eben angesprochenen Probleme etwaige Umstände in Kauf nehmen muss, überwiegt dennoch die allgemeine Er-

leichterung, das Gefängnis bald aus der Stadt verlegt zu haben.

Alle österreichischen Gefängnisse sind in der Hand der Bundesimmobiliengesellschaft (BIG). Die BIG ist Eigentümerin der Grundstücke sowie der Gebäude selbst und sie kümmert sich um deren Erhalt in allen Fragen. Bei Gefängnisneubauten kauft die BIG zuerst das Grundstück und organisiert dann den gesamten Neubau. Nach der Fertigstellung werden die Gefängnisse an das Justizministerium vermietet, von dem sie dann für ihre Zwecke genutzt werden. So ist das auch in Salzburg der Fall. Zuerst kaufte die BIG das mehr als 20.000 m<sup>2</sup> große Grundstück in Puch. Dann fand im Herbst 2011 eine europaweite Ausschreibung – als Teil der EU ist die österreichische Regierung dazu verpflichtet – für die Planung des Komplexes statt. Insgesamt haben 43 Architekturbüros Projekte eingereicht, die sich allesamt skrupellos in ihrem profitorientiertem Denken für die Planung von Gefängnissen hergegeben haben. (Es spricht Bände über die Moralvorstellungen einer Gesellschaft, wenn Pläne für neue Gefängnisse nicht nur akzeptiert, sondern vielmehr geschätzt werden und die Architekturbüros sich dafür auch noch rühmen und ihre Entwürfe als architektonische Meisterleistungen in ihren Portfolios verkaufen können.) Am 22. Februar 2011 wurde der Wettbewerb mit der eingangs zitierten Begründung der Jury, in der auch der Pucher Bürgermeister sowie der Leiter des Gefängnisses saßen, zu Gunsten von BDA Poos Isensee aus Hannover

entschieden. Das Siegerprojekt, dem es auch zu Gute gekommen sein dürfte, das Gefängnis als Passivgebäude verkaufen zu können, hat eine Gebäudegrundfläche von etwa 12.000 m<sup>2</sup>, auf der von 80 Angestellten 210 Gefangenen die Freiheit entzogen wird. Der veranschlagte finanzielle Rahmen liegt bei 30 Millionen Euro. Nachdem nun alles in die Wege geleitet wurde, findet der Baubeginn noch im Herbst dieses Jahres statt. Nach 2 Jahren werden die Inhaftierten Ende 2014 nach Puch verlegt. Dann beginnt der Umbau

des ganzen Komplexes in Salzburg zu einem hochmodernen Gericht, der bei einem Budget von 20 Millionen Euro wiederum 2 Jahre in Anspruch nehmen wird. Für diese Zeitspanne werden die RichterInnen und StaatsanwältInnen mit einem Containerdorf vorlieb nehmen müssen. Aber sie werden glücklich sein, wenn ab Ende 2014 das Gefängnis nicht mehr ihr idyllisches Stadtbild trübt – so wie auch die restliche Salzburger Bevölkerung.

Artikel entnommen kassiber No. 01 winter 2012  
www.ABC-wien.net



*"We better keep that in a safe place"*

## Weg mit dem Heer – gebt endlich Frieden

Dies ist ein Zitat, welches einst ein Transparent als Aufschrift trug, um eine Angelobung im öffentlichen Raum aus pazifistischer Sicht heraus zu umrahmen. Wer sich mit Pazifismus und Antimilitarismus auseinandersetzt, kann sich über die im Jänner stattgefundene Volksbefragung zur Organisationsstruktur des Militärs kaum hinwegsetzen. Ich möchte einige Gedanken in Kürze zusammenfassen. Nur die Hälfte der wahlberechtigten Bevölkerung hat sich an der Fragestellung beteiligt, für oder gegen einen Zwangsdienst im Kontext des Militarismus abzustimmen, die geringe Wahlbeteiligung lässt (bedauerlicherweise) nicht den Schluß zu, dass die Hälfte der Bevölkerung, die von ihrem Wahlrecht nicht Gebrauch gemacht hatte, den Boykottaufrufen gefolgt wäre, die auf die unzureichende Fragestellung verwiesen hatten. Die Motive, das Wahlrecht nicht in Anspruch zu nehmen können vielfältig sein. Das erschütternd eindeutige Ergebnis für die Wehrpflicht und damit auch für den Zivildienst als Zwangsverpflichtung verweist auf den autoritären Charakter vor allem der älteren Bevöl-

kerungsschichten, auf die Staatsraison, der sich die Mehrheit verpflichtet fühlt. Niederschmetternd deprimierend war das Wahlergebnis für Pazifistinnen und Pazifisten, für Antimilitaristinnen und Antimilitaristen. Mit 2,5% ungültigen Stimmen blieben jene, die Bundesheer abschaffen/ungültig wählen Initiativen gegründet hatten, weit unter ihren Erwartungen oder Hoffnungen zurück. Immerhin können wir uns noch an die Volksabstimmung in der Schweiz erinnern, die von der GSoA (Gruppe Schweiz ohne Armee) initiiert worden ist, die die Frage nach der Abschaffung der Armee gestellt hatte. Bei dieser Volksabstimmung hatten sich über 50% der unter Dreißigjährigen für die Abschaffung des Heeres ausgesprochen.

Sehr erfreulich an den Debatten war die Position des Heeres selbst. Lustigerweise fiel den Wehrpflichtbefürwortern zur Legitimation ihrer Position kein Argument dafür ein, wozu ein Heer überhaupt gebraucht würde. Das Heer hat seine Ideenlosigkeit preisgegeben, denn Cyberwar und Klimawandel können beim besten Willen nicht als Existenzberechtigung einer Armee angesehen werden. Der Wehrersatzdienst musste als Argument dienen an der Wehrpflicht festhalten zu wollen, dabei haben die Militärs gar keine so große Freude mit ihrem Verteidigungsminister, dem ehemaligen Zivildienner Darabos.

Das positive Moment an der Volksbefragung war ein Wiedererwachen und Erstar-

ken der Friedensbewegung. Die Debatten rund um Wehrpflicht, Berufsheer oder Armee abschaffen haben in den letzten Monaten Plenarsäle und Hörsäle gefüllt, zahlreiche Personen, die sich aus dem politischen Leben zurückgezogen hatten, haben sich engagiert in die Debatte eingebracht, die großteils sehr emotional geführt worden ist. Positiv zu bewerten ist auch, dass Militarismuskritik, Kritik an Krieg und der Organisation kriegerischen Potentials zur zentralen Fragestellung innerhalb der Friedensbewegung geworden ist,

Dieser neue Auftrieb kann von der Friedensbewegung genutzt werden, um in Zukunft verstärkter mit antimilitaristischen Themen zu arbeiten, um sich für gewaltfreie Konfliktlösung und eine aktive Friedens- und Neutralitätspolitik einzusetzen, sowie eine deutliche und hörbare Stimme des Protests gegen die EU-Militarisierung und insbesondere die Teilnahme Österreichs an Auslandseinläzzen und die Teilnahme an den EU- battle groups (Schlachtruppen, die an vorderster Front kämpfen) zu bilden. Nachher ist man meistens klüger: Viel zu wenig diskutiert wurde der Zusammenhang zwischen Antimilitarismus und Feminismus. Unterdrückung, die Einübungsmechanismen und Einübungstechniken in Gehorsamsprinzipien und gewalttätige Auseinandersetzung mit Konflikten haben sich mit der Entwicklung des Patriarchats entfaltet, Patriarchat und Militarismus sind zwei Seiten einer Medaille. Es wird die Aufgabe feministisch orientierter Friedensarbeit sein, diesen Aspekt – wieder -in den Vordergrund zu rücken.



# The Ethical Slut

## A Practical Guide to Polyamory, open Relationships & other Adventures

Ein praktischer Ratgeber für Polyamorie, offene Beziehungen und andere Abenteuer

Von Dossie Easton und Janet W. Hardy

(2nd edition, updated and expanded!)



Für alle, die vor kurzem oder vor langem zum ersten Mal von Polyamorie gehört haben. Für alle, die sie teilweise gut oder schlecht finden. Für alle, die glauben, ihre Meinung ist schon reflektiert genug und für alle, die noch was Neues hören wollen. Für Heter@s, Homos, Trans, Queer, Asexuell, Intersex, Questioning und viele mehr. Für monogame Zweier-, Dreier-, Vierer-, Fünfer, Sechser-Beziehungen und so weiter genau wie für glückliche Singles und beste Freund\_innen. Für alle eure

Kompliz\_innen und Sexpartner\_innen. Jawohl, ihr habt es erfasst: Dieses Buch ist an alle gerichtet und, soweit ich als Einzelperson das beurteilen kann, steht auch für alle was drin.

Bevor wir allerdings zum Inhalt kommen, möchte ich noch kurz auf den Titel des Buches eingehen. Easton und Hardy wollen den Begriff „slut“, also „Schlampe“, positiv besetzen und befinden sich damit in guter Gesellschaft, z.B. der der SlutWalk-Aktivist\_innen, die allerdings mehr auf die Kleidung als auf die sexuelle Experimentierfreudigkeit anspielen, die Menschen mit der Beschimpfung „Schlampe“ verbinden. Es hat an dieser Wortwahl aber auch immer fundierte Kritik gegeben, u. a. von Black Women Communities, die sich mit der Bezeichnung nicht identifizieren können – noch wollen, auch weil „wir als schwarze Frauen die Privilegien und den Raum nicht haben, uns selbst ‚Schlampen‘ nennen zu können, ohne damit die historisch verankerte Ideologie und die immer wiederkehrende Behauptung zu bestätigen, was und wer eine schwarze Frau ist“<sup>(1)</sup>.

Trotz dem Titel zahlt es sich aber aus, das Buch zu lesen.

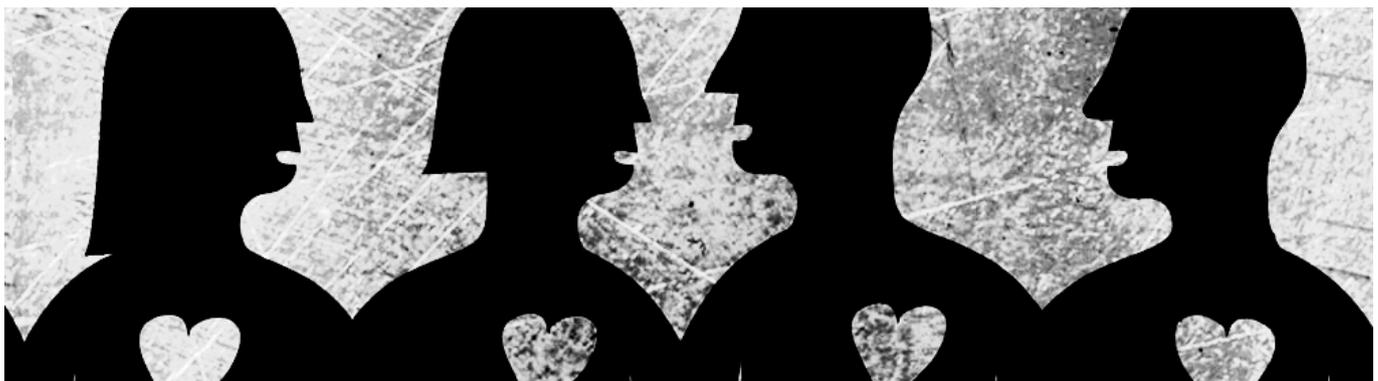
„The Ethical Slut“ ist eine ordentlich unterteilte Sammlung an Ratschlägen, Tipps und Erfahrungsberichten. Gut gelaunte Sex-Party Geschichten wechseln sich ab mit genauer Aufklärungsarbeit und eindringlichen Erklärungen des Zustimmungskonzepts. Vorurteile werden entkräftet, respektvoller Umgang (auch in Konfliktsituationen) propagiert und Hilfestellungen zum Umgang mit eigener und fremder Eifersucht vorgestellt. Zu jedem Thema gibt es kleine Denkanstöße und Kommunikationsübungen.

Das Buch ist nicht moralisierend und nicht obercool oder herablassend. Die Autorinnen gestehen ihre eigenen Fehler in der ersten Auflage ehrlich ein und lassen auch den Leser\_innen Platz für eigene Gedanken und Zeit, um festgefahrene Vorstellungen noch mal zu überdenken.

Und... naja... die spirituell angehauchten Teile kann mensch hoffentlich überblättern.

Viel Spaß beim Lesen!

<sup>(1)</sup><http://www.blackwomensblueprint.org/2011/09/23/an-open-letter-from-black-women-to-the-slutwalk/>



# NO - NETZ

# 01.02.2013

NEUER NAME SELBE SCHEISSE!

# WIEN

DEN WIENER AKADEMIKERBALL 2013

UNMÖGLICH MACHEN!

ALLE TERMINE, INFOS ZU  
AKTIONEN UND BUSANREISEN  
ONLINE AUF [WWW.NOWKR.AT](http://WWW.NOWKR.AT)

# EUROPARLAMENT

**NO**WKR.AT



**Im Ganzen!**

**NETZ**

NEIN  
AN DER  
EURO  
UND  
LÖSE  
RECHT!